

BESCHLUSS

aus der 18. Sitzung
des Kreistages
am Montag, 17.07.2023

Öffentliche Sitzung

Zu TOP 2. Fragestunde

Frage des Abgeordneten Sitte (DIE LINKE) zum Transformationsnetzwerk

Abgeordneten Sitte (DIE LINKE):

Vorbemerkung: „Die Industrie im Lahn-Dill-Kreis ist großen Veränderungen ausgesetzt. Nur wenn die Transformation angegangen wird, können Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Für die Industrie an Lahn und Dill muss eine Wachstumsperspektive entwickelt werden, damit ein fairer Wandel gelingt und es auch morgen noch genug gute Arbeit für alle gibt.“

Frage: „Gibt es ein Transformationsnetzwerk im Lahn-Dill-Kreis?“

Zusatzfrage: „Wenn ja: Wie werden die Gewerkschaften an diesem Transformationsnetzwerk beteiligt?“

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Danne (FDP) antwortet mit ja. Die Gewerkschaften seien angemessen beteiligt. Er habe in mehreren Kreistagssitzungen hierüber berichtet, zuletzt am 19. Dezember 2022. DGB und IGMetall seien beteiligt als Geber und Unterzeichner des Letter of Intents. Sie seien vom Regionalmanagement als Konsortialführer dieses Netzwerkes am 31. Januar beteiligt worden. Im Lahn-Dill-Kreis selbst habe es bereits mehrere Treffen mit der IG Metall gegeben und auch mit dem DGB sei ausführlich gesprochen worden. Ein Folgetreffen sei für das 2. Halbjahr 2023 geplant. Ferner seien die Sozialpartner zu der großen Kick-off-Veranstaltung am 25. Mai 2023 in Marburg eingeladen. Am 02. Juni 2023 habe ein weiteres Treffen mit dem Mitarbeiter „Transfer Wirtschaftsregion“ und Herrn Grundmann von der IG Metall Bezirksleitung Frankfurt stattgefunden. Im 3. Quartal 2023 werde ein Fachbeirat unter Beteiligung der Sozialpartner initiiert. Hierüber seien sie allerdings zu spät informiert worden. Insgesamt sei der Fachbeirat selbst erst spät aufgerufen worden. Insgesamt könne festgestellt werden, dass man mit IG Metall und DGB sehr intensiv im Gespräch sei.

Frage der Abgeordneten Ohnacker (DIE LINKE) zur Gynäkologische Abteilung Standort Dillenburg

Abgeordneten Ohnacker (DIE LINKE):

Vorbemerkung: „Durch die Schließung der Entbindungsstation der Dillklinik Dillenburg und den begleitenden Diskussionen darüber stellte sich schon in der Vergangenheit die Frage ob es trotz des demographischen Wandels und des damit einhergehenden Fachkräftemangels noch möglich sein wird, die bisher noch vorhandene operative Gynäkologische Abteilung in Dillenburg zu erhalten. Am 31.12.2023 wird voraussichtlich ein Facharzt dieser Abteilung in den Ruhestand gehen.“

Frage: „Kann die operative Gynäkologische Abteilung am Standort Dillenburg der Lahn Dill Kliniken auch im Jahr 2024 weitergeführt werden?“

Zusatzfrage: „Wieviel Ärzte und/oder Ärztinnen wurden im Jahr 2023 für den Fachbereich Gynäkologie in dem gesamten Klinikum, unabhängig des Standortes eingestellt?“

Landrat Schuster (SPD) antwortet, dass beide in Dillenburg tätigen Belegärzte keine angestellten Ärzte der Lahn-Dill-Kliniken seien. Sie seien Freiberufler. Beide in Dillenburg tätige Belegärzte in

der Gynäkologie hätten ihr Interesse bekundet, über den 31.12.2023 hinaus als Belegarzt tätig zu sein. Trotz intensiver Suche hätte man keine weiteren Belegärzte finden könne. Da Voraussetzung für eine belegärztliche Abteilung in der Gynäkologie mindestens 3 Fachärzte seien, hätten die Lahn-Dill-Kliniken beim Landekrankenhauseusschuss den Antrag auf Betrieb der Abteilung mit nur 2 Fachärzten gestellt. Der Landeskrankenhauseusschuss habe dieser Ausnahme jedoch nur bis zum 31.12.2023 zugestimmt. Derzeit liege dem Hessischen Sozialminister eine Anfrage bzw. Antrag des Kreises vor, den Weiterbetrieb dennoch zu genehmigen. Im Fachbereich Gynäkologie seien in 2023 kein Facharzt eingestellt worden. Derzeit seien in diesem Fachgebiet in Wetzlar alle Oberarztstellen besetzt. Es werde lediglich ein Assistenzarzt gesucht.

Frage des Abgeordneten Zborschil (DIE LINKE) zum Beschluss Schulbezirkssatzung

Abgeordneten Zborschil (DIE LINKE)

Vorbemerkung: „Im Zuge der Berichterstattung rund um die Verabschiedung der Schulbezirkssatzung ist durch die Presse bekannt geworden, dass anders als von den Schulleiterinnen und Schulleitern bei der Vorstellung ihres Konzeptes versichert, die Gesamtkonferenz der Gewerblichen Schulen Dillenburg diesem nicht zugestimmt hat und deshalb zwischenzeitlich über 20 Dienstaufsichtsbeschwerden gegen den Leiter der Berufsschule eingegangen sind.“

Frage: „Ist angesichts dieser Vorfälle der Beschluss der Schulbezirkssatzung, der auf einer anderen Informationsgrundlage gefasst wurde, aus Sicht des Kreisausschusses überhaupt noch aufrecht zu erhalten?“

Zusatzfrage: „Falls ja, wie will der Kreisausschuss der Unzufriedenheit und dem offenkundigen Widerstand bei Schulleitung, Lehrerinnen und Lehrern, der Elternschaft, der IG Metall sowie der IHK gegen die beschlossene Satzung konstruktiv entgegenwirken?“

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) antwortet, dass die Umstände, unter denen die Schulbezirkssatzung beschlossen worden sei, bekannt seien. Insgesamt gebe es keinen Grund an der Rechtswirksamkeit der Schulbezirkssatzung zu zweifeln. Dafür spreche insbesondere, dass man seit einiger Zeit auch die Genehmigung dieser Satzung habe. Es gebe keinen Grund, diese nicht aufrecht zu erhalten – sie sei gültig. Ob eine Unzufriedenheit bei allen vorliege, lasse er offen. Jedenfalls seien nicht alle einverstanden gewesen. Man habe aus der Situation gelernt und habe sich besser vernetzt. Es gebe einen regen Austausch mit der IHK, Kreishandwerkerschaft, Hessenmetall, Schulen und Staatlichem Schulamt, um solche Missverständnisse, wie sie passiert seien, zukünftig nicht mehr geschehen zu lassen. Die Termine seien bereits vereinbart. Man könne mit Zuversicht darauf schauen, wie die gefundene Kompromisslösung umgesetzt werde. Derzeit habe er noch keine aktuellen Informationen, wie viele Zerspaner in Dillenburg ausgebildet werden können und ob eine Klasse zustande komme.

Frage des Abgeordneten Sascha Panten (CDU) zur Mandatsausübung des Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten

Abgeordneten Sascha Panten (CDU):

Frage: „Ist es richtig, dass der Regierungspräsident dem Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Stephan Aurand nahegelegt hat, von seinem Mandat in der Gemeindevertretung in Dietzhölztal Abstand zu nehmen?“

Zusatzfrage: „Wie sieht hier die weitere Vorgehensweise seitens Herrn Aurand aus?“

Landrat Schuster (SPD) antwortet, dass persönliche Schreiben des Herrn Regierungspräsidenten an Mitglieder des Kreisausschusses dem Kreistag nicht öffentlich kundgetan würden. Die HKO regule die Vereinbarkeit von Ämtern abschließend. Nach § 39 HKO sei die Wahrnehmung der Aufgaben eines Kreisbeigeordneten mit der gleichzeitigen Funktion als Gemeindevertreter zulässig und kein Ausschließungsgrund. Ein Ausschließungsgrund nach § 39 Abs. 2 Nr. 4 HKO wäre nur dann gegeben, wenn ein Kreisbeigeordneter gleichzeitig Mitglied eines Gemeindevorstands oder Magistrats wäre. Darüber hinaus sei organisatorisch auch festgelegt, dass der Hauptamtliche Kreisbeigeordnete keine Vertretung des Landrates oder des Ersten Kreisbeigeordneten im

Rahmen der Kommunalaufsicht wahrnehme, so dass kein Fall des § 39 Abs. 2 Nr. 3 HKO vorliege.
Dies sei auch mit dem Regierungspräsidium geklärt.“